

Wirtschaften im Einklang mit der Natur und mit uns selbst

Hans-Peter STUDER

Wer sich für den Naturschutz engagiert, kennt das Gefühl: Es gibt zwar immer wieder Erfolgserlebnisse, über die wir uns freuen können - hier ein Biotop, das erhalten blieb, dort ein Bachlauf, der wieder offengelegt wurde. Meist jedoch mussten diese Erfolge gegen harten Widerstand all jener errungen werden, für welche Naturschutz lästiger Luxus und 'Naturschützer' fast so etwas wie ein Schimpfwort ist. Und vor allem können uns unsere Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf der anderen Seite der Bilanz viel grössere Verluste stehen: Hier eine Schnellstrasse, die neu erstellt wurde, dort eine neue Grossüberbauung, der dreissig Obstbäume weichen mussten; hier eine Flughafenerweiterung und dort eine Flussvergiftung - und über allem die weitere Abnahme der Ozonschicht auch bei uns im Norden.

Bereits 1911 hat Hermann Löns geschrieben: "Seit einem Jahrzehnt ... wird beträchtlich viel über Naturschutz geredet und geschrieben; sieht man aber das Ergebnis unbefangen an, so kommt nicht viel mehr dabei heraus als null komma null null eins ... Es ist ja ganz nett, wenn einige kleine Einzelheiten geschützt werden, Bedeutung für die Allgemeinheit hat diese Naturdenkmälerchensarbeit aber nicht. Pritzelklam ist der Naturschutz, so wie wir ihn haben. Der Naturverhunzung dagegen kann man eine geniale Grosszügigkeit nicht absprechen. Die Naturverhunzung arbeitet 'en gros', der Naturschutz 'en detail'. Zähnelnirschende Wut fasst einen, sieht man die grauenhafte Verschandelung der deutschen Landschaft." (zit. in SIEFERLE 1984, S. 172)

Das war vor 85 Jahren. Um wievieles weiter haben wir es in der Zwischenzeit gebracht! Aber warum ist das eigentlich so? Warum kämpfen wir Naturschützer oft gleichsam gegen Windmühlen? Im Grunde müsste doch die Natur und eine intakte Natur allen am Herzen liegen. *Eigentlich müsste doch allen klar sein, dass wir eine gesunde Natur brauchen, weil wir Teil von ihr sind, weil sie unsere Lebensgrundlage ist und weil sie sicher auch ein eigenes Existenzrecht hat.*

Verwandlung wertloser Natur in wertvolle Güter und Dienstleistungen

Diesbezüglich allerdings machte Augustinus schon um 400 nach Christus eine interessante Beobachtung. Er sah die Natur als Gottes Schöpfung in Form einer Pyramide. Die Basis bildeten für ihn die sogenannten leblosen Wesen (z.B. Mineralien). Darüber standen als nächsthöhere Stufe die sinnentbehrenden Wesen (Pflanzen, Bäume), gefolgt von den sinnbegabten Wesen (Tiere), dann den Menschen

und ganz an der Spitze den Engeln (die es im übrigen für viele von uns bezeichnenderweise nicht mehr gibt). Der *Naturwert* oder göttliche Wert bestimmte für ihn, wo ein Wesen in der Schöpfungspyramide seinen natürlichen, gottgewollten Platz hatte.

Augustinus wunderte sich nun darüber, warum ein Pferd als sinnbegabtes Wesen einen höheren Wert habe als ein Sklave und warum sogar eine Perle als lebloses Wesen im Wert über einer Magd stehe. Und er fand die Antwort, dass wir Menschen unsere Wertschätzung nicht am Naturwert ausrichten, sondern am *Gebrauchswert*. Er folgerte daraus, dass wir nicht mehr fähig seien, den Wert und die gottgewollte Ordnung in der Schöpfungspyramide zu erkennen, sondern dass wir, indem wir in unserer Wertschätzung den Gebrauchswert über den Naturwert setzen, sozusagen die Schöpfungspyramide auf den Kopf stellen, sie zersstückeln und zerstören. Er schrieb zudem in sehr ökologisch anmutender Weise, wenn wir es vermöchten, würden wir sinnbegabte Wesen wie Flöhe oder Mäuse ausrotten, weil wir ihren Stellenwert im natürlichen Ganzen nicht mehr erkennen könnten oder trotzdem unsere Annehmlichkeiten höher gewichteten. (IMMLER 1985, S. 34ff)

Soweit Augustinus. In der Zwischenzeit haben wir die Entwicklung noch eine entscheidende Stufe weitergetrieben. Bei uns steht nämlich nicht mehr in erster Linie der Gebrauchswert im Vordergrund, sondern der *Tausch- oder Marktwert*. Er ergibt sich aus dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage und stellt nur noch einen abstrakten Geldwert dar. Nichtsdestoweniger steht er heute über dem Gebrauchswert und erst recht über dem Naturwert. *Was wieviel wert ist, bestimmt heute der Markt.*

Verheerend für die Natur ist nun aber, dass sie, solange sie noch Natur ist, auf dem Markt eigentlich gar keinen Wert hat, denn als Natur ist sie dort in aller Regel nicht handelbar. Erst wenn ich sie aus dem natürlichen Zustand entferne und sie damit zerstöre resp. töte, kann ich sie zu einem wertvollen Gut machen. Es ist dann durchaus so, *dass nur ein toter Hirsch ein wertvoller Hirsch ist, nur eine zersägte Tanne eine wertvolle Tanne, nur gemähtes Gras wertvolles Gras*. Die Magerwiese hat ökonomisch gesehen nach der heute überherrschenden Tauschwertlogik kaum einen Wert, obwohl sie voller Blumen und Schmetterlinge ist. Sie wird deshalb in eine Fettwiese umgedüngt und dann natürlich noch wertvoller, wenn sie zu Bauland und schliesslich überbaut wird.

Das geschieht dann wiederum mit Hilfe der Natur, in Form von Baumaterial, Maschinen und Energie, die diese Maschinen antreibt. Sie alle waren einmal Natur und werden nun dazu eingesetzt, noch mehr Natur zu vereinnahmen und damit ökonomisch wertvoll zu machen. Hinter dem Ausspruch jener Indianerin, den sich Greenpeace auf die Fahnen geschrieben hat, "Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen, werdet ihr erkennen, dass man Geld nicht essen kann", liegt also eine tiefe Wahrheit. Und es lässt sich folgern, dass *modernes Wirtschaften heute eigentlich darauf hinausläuft, stets noch effizienter 'wertlose' Natur in 'wertvolle' Güter und schliesslich in lästige Abfälle zu verwandeln.* (STUDER 1992, S. 346ff)

Das Wesen des Geldes ist seine Vermehrung

Natur wird aber nicht nur deshalb nachgerade zwangsläufig in Geld verwandelt, weil wir die Schöpfung resp. ihre Einzelbestandteile nur noch in marktbestimmten Geldwerten bewerten. Vielmehr wird diese Umwandlung noch beschleunigt, weil dem Geld selber eine eigene Dynamik innewohnt. *Geld ruft gleichsam nach Vermehrung*, sein Wesen liegt, so der St. Galler Ökonom Hans Christoph Binswanger (1991), in der Vermehrung. Das ist nicht nur so zu verstehen, dass jene, die Geld haben, Gefahr laufen, ihr Herz daran zu hängen und nie genug davon ergattern zu können. Der Drang resp. der Zwang zur Vermehrung liegt auch im Geld selbst: Aristoteles hat einst geschrieben, Geld als tote Substanz könne kein weiteres Geld gebären, und damit Zins als etwas gänzlich Widernatürliches bezeichnet (STUDER 1992, S. 179). Uns modernen Menschen mutet seine Aussage seltsam an. Und dennoch beinhaltet auch sie eine tiefe Wahrheit, die uns jedoch aufgrund unseres neuzeitlichen Geld- und Wirtschaftsverständnisses nicht mehr geläufig ist.

Zins ist für uns längst zu etwas Selbstverständlichem geworden. Wir fragen nicht mehr, woher er eigentlich kommt. Doch genau in dieser Frage liegt die Brisanz. Zins fällt ja nicht einfach vom Himmel. Wie aber ist es möglich, dass sich Geld vermehrt, dass eine Geldsumme durch den Zins z.B. nach einem Jahr um sechs Prozent grösser ist? Im Einzelfall wird das so geschehen, dass der betreffende Geldbetrag jemandem weggenommen wird, dass er nach Ablauf der Zinsperiode irgendwo fehlt. Zinsgewinne und Zinsverluste sind allerdings nicht bloss ein Nullsummenspiel. Denn auch gesamtwirtschaftlich nimmt die Geldmenge laufend zu. Wenn aber nur zusätzliches Geld gedruckt resp. in Umlauf gebracht würde, dann hätten wir lediglich Inflation. Wir hätten dann zwar mehr Geld, aber es wäre weniger wert. *Es reicht also gesamtwirtschaftlich gesehen nicht aus, Geld lediglich über den Zins zu vermehren, sondern es muss auch ein realer Gegenwert grösser werden.* Die Menge der jährlich produzierten Güter und Dienstleistungen muss jährlich ebenfalls wachsen.

Dass dies geschieht, dazu ist der Zwang ebenfalls im Geld selber eingebaut. Denn es wird, ausgehend von der National- resp. Notenbank, immer über eine verzinsliche Schuld in Umlauf gebracht. Sowohl der Staat als auch die Banken und die Unternehmungen, die einen Kredit aufnehmen, müssen ihn verzinsen. Das können sie nur, wenn sie im Fall des Staates weiteres Geld an sich ziehen oder im Fall von Banken und Unternehmen mit dem Geld 'arbeiten', indem sie es vor allem dazu einsetzen, 'wertlose' Natur in 'wertvolle' Güter und Dienstleistungen zu verwandeln, und gleichzeitig möglichst mehr aus der menschlichen Arbeitskraft herausholen, als sie sie entschädigen müssen.

Mit anderen Worten, dort, wo Geld nicht einfach nur dazu dient, die Ausgaben für Güter des täglichen Bedarfs zu bestreiten, sondern wo finanzielle Mittel in einem solchen Überfluss vorhanden sind, dass sie gewinn-, rendite- oder zinsbringend angelegt werden, werden im Endeffekt materielle Wachstumsprozesse in Gang gesetzt. Dieser systemimmanente Wachstumsmechanismus aber geht auf Kosten der *Natur als Rohstofflieferant und Abfalldepot*, und er wird vorangetrieben mit Hilfe von technikgewordener Natur in Form von Maschinen und Energie.

Je stärker in der Folge die Produktion auf Maschinen basiert, je mehr sie automatisiert wird, desto gravierender werden die Folgelasten aber nicht nur für die Natur, sondern auch für die menschliche Arbeit. Sie wird mehr und mehr durch maschinelle Arbeit ersetzt, und die Erträge der Produktion fließen immer ausgeprägter zu denjenigen, die Kapital für die maschinelle Produktion zur Verfügung gestellt haben und immer weniger zu jenen, die nur ihre menschliche Arbeitskraft anbieten können. Die Diskrepanz zwischen Reich und Arm wächst, sowohl national als auch im internationalen Kontext. Geld fliesst dorthin, wo es bereits ist, und je stärker es sich konzentriert, desto noch grösser werden die Wachstumszwänge und der Rationalisierungsdruck.

Vom Wettbewerb zum Catch-as-Catch-Can

Doch damit nicht genug. Zusätzlich gefördert und beschleunigt wird die zerstörerische Eigendynamik unserer geld- und geldwertgelenkten Marktwirtschaft durch das Konkurrenzprinzip. In der konventionellen Ökonomie wird zwar Konkurrenz bis heute fast ausschliesslich positiv gewertet: Sie dient als Ansporn zu immer neuen Höchstleistungen und verhindert, dass ein Marktteilnehmer auf seinen Lorbeeren sitzenbleiben kann. Diese Sichtweise und Wertung sind wir uns gewohnt. Dass Konkurrenz aber auch Opfer fordert, das zu erkennen sind wir erst allmählich gezwungen. *Konkurrenz ist, wenn die anderen die Nachteile haben*, könnte man diesbezüglich auch sagen oder: Im stets unerbittlicher werdenden internationalen Konkurrenzkampf um Marktanteile setzt sozusagen der moralisch Zweifelhafteste den Standard für alle Mitkonkurrenten. Mit anderen Worten, jenes Unternehmen, das an die Grenze dessen geht, was im Rahmen der Gesetze

und der öffentlichen Meinung noch einigermaßen zulässig ist, das erzielt angesichts der Kurzfristigkeit der relevanten Marktverhältnisse die höchste Gewinnspanne und zwingt seine Mitkonkurrenten, es ihm gleichzutun. *Ethisches, langfristig ausgerichtetes Verhalten ist im harten Wettbewerb nur soweit möglich, als ein Unternehmen oder eine Branche sich das leisten kann.* Für die Natur heisst dies, dass sie für die Wirtschaft als billiger Rohstofflieferant und günstiges Abfalldepot weiterhin erhalten bleiben muss. Die im nationalen und internationalen Konkurrenzkampf stehenden Unternehmen werden folglich wenig Begeisterung dafür aufbringen, sie entweder durch eigene Anstrengungen und/oder durch restriktivere gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorschriften vor dem beliebigen Zugriff zu schützen. Sie werden nicht müde werden, darauf hinzuweisen, erst müssten bei solchen Massnahmen auch die anderen mitmachen, und sie werden dank ihren Einflussmöglichkeiten ihre Interessen gegenüber dem Staat und der Öffentlichkeit in der Regel plausibel machen und durchsetzen können.

Des weiteren geht auch das Konkurrenzprinzip einher mit einem Wachstumszwang. Jenes Unternehmen, das voll auf Wachstum abzielt, hat gegenüber seinen Mitkonkurrenten einen Vorsprung und wird diejenigen, die sich nicht einfach in eine Nische zurückziehen wollen, zwingen, ebenfalls auf Wachstum zu setzen. Weil jedoch - wie das einst E.F. Schumacher trefflich formuliert hat - unendliches Wachstum nicht in eine endliche Welt passt (zit. in FROMM 1979, S. 158) und wir in den reichen Industrieländern allmählich mit Konsumgütern übersättigt sind, wird es immer schwieriger, weitere Wachstumspotentiale zu erschliessen. Das Wachstum stockt. Und nun ertönt natürlich erst recht der Ruf der Wirtschaft, ihr keine Steine in die Wege zu legen. Staatliche Deregulierung lautet das Schlagwort, und gemeint ist damit letztlich nichts anderes als die Beseitigung störender Wachstums Hindernisse für die Wirtschaft: Bauen soll wieder einfacher möglich sein, die Energiepreise müssen tiefgehalten werden und auf übertriebenen Umweltschutz - beispielsweise im neuen Wachstumsmarkt Gentechnologie - ist zu verzichten.

Ähnliches gilt für den Sozialbereich, nicht zuletzt, weil hier die Folgekosten ebenfalls steigen. Denn *das Wachstum, das gesamtwirtschaftlich immer schwieriger zu verwirklichen wird, richtet sich nun nach innen, gegen die Gesellschaft als soziale Gemeinschaft.* Gerade weil der Konkurrenzmechanismus derart unerbittlich spielt, werden immer mehr Menschen gezwungen, aus dem Produktionsprozess auszuschneiden. Lean production, schlanke Produktion, lautet hier das Stichwort. Immer schnellere Maschinen machen auf der Basis billiger Energie immer mehr Menschen überflüssig. Sowohl die Gewinne und Börsenkurse als auch die Arbeitslosigkeit steigen. Die Verzinsung des Kapitals über Gewinne und Gewinneszinsen entzieht der Gesellschaft mehr und mehr Substanz und beschleunigt

über die Automatisierung der Produktion gleichzeitig die Umwandlung von Natur in Geld.

Der Staat als Sündenbock und Lastesel

Sowohl das Ökosystem als auch das soziale Gefüge werden dabei immer labiler. Und zwangsläufig kommen auf die Allgemeinheit, auf den Staat, immer grössere Folgekosten zu. Diesbezüglich gilt erst recht: Konkurrenz ist, wenn die anderen die Nachteile haben. *Gewinne werden privatisiert, Kosten und Verluste sozialisiert.* Als Folge steigen Ausgaben und Schuldenlast des Staates, denn er rennt gleichsam mit dem Kleisterkübel hinter dem Wirtschaftselefanten im ökosozialen Porzellanladen her und wird dabei selber immer mehr zum überdimensionierten Dickhäuter. Seitens der Wirtschaft wird jedoch nur die wachsende Staatsquote gebrandmarkt und nicht nach den eigentlichen Ursachen gefragt. Vielmehr wird so getan, als sei der Staat schuld an der Misere, und es wird ausgerechnet zum Sparen in jenen Bereichen aufgerufen, wo die Betroffenheit am grössten ist.

Die Politiker der Mehrheitsparteien andererseits sind gerne bereit, den Wirtschaftsvertretern Gehör zu schenken. Angesichts der steigenden Schuldenlast des Staates sehen sie das Heil ebenfalls in wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen, denn sie gehen von der nie hinterfragten Erwartung aus, wenn es der Wirtschaft gut gehe, gehe es auch dem Staatswesen gut. Auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene wetteifern sie nach Kräften um die Standortgunst für möglichst viele und grosse Unternehmen und sind zu diesem Zweck bereit, ihnen infrastrukturelle Vorleistungen und Steuererleichterungen zu gewähren. Bauzonen werden vergrössert, Strassen, Bahnverbindungen und Flughäfen ausgebaut und eine billige Energie- und Wasserversorgung und reibungslose Abfallentsorgung garantiert.

Wo das hinführt und was das letztenendes kosten wird, das wird nicht gefragt. Denn vorderhand hilft es den Staats- und Wirtschaftsverantwortlichen, die Wachstumsspirale nochmals einige Windungen weiterzudrehen. Und schärfer noch: Nur weil der Staat einen immer grösseren Teil der wirtschaftlichen Gesamtproduktion veranlasst und finanziell trägt, kann das Wachstumsspiel auf Kosten der Natur und der unteren Bevölkerungsschichten bei uns und in den armen Ländern der Erde überhaupt noch weitergehen. Ansonsten wäre es gar nicht mehr möglich und lohnend, Güter über immer noch grössere Distanzen zu transportieren oder sogar aus den vielfältigen Schäden, welche aus dem heutigen Übermass an Wirtschaftsaktivitäten hervorgehen, ein Geschäft zu machen. Nur weil der Staat einen erheblichen Teil der Kosten übernimmt, zählen sowohl der Umweltschutz als auch das Gesundheitswesen zu den wenigen noch verbliebenen lukrativen Wachstumsmärkten.

Wir drehen uns damit mit wohlgemeinter staatlicher Mithilfe im Teufelskreis, die negativen Folgen des wirtschaftlichen Wachstums und der Technik mit

immer noch mehr Technik und Wachstum überwinden zu wollen. Wir sind auf einer Flucht nach vorn, die uns jeden Tag näher an den Abgrund führt. Bloss wollen das vorderhand nur wenige wahrhaben. Die Führungsverantwortlichen in Politik und Wirtschaft bauen weiter unbeirrt auf jene Rezepte, die uns in der Vergangenheit immer grösseren Wohlstand beschert haben. Und selbst jene Teile der Bevölkerung, die mittlerweile selber zu den Leidtragenden einer verabsolutierten Geldkonkurrenzwirtschaft gehören, schenken den Führungsverantwortlichen nach wie vor Glauben, wenn sie davon sprechen, die Unternehmen müssten ihre Produktion weiter rationalisieren und automatisieren, um wachstumsbedingt neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Obwohl spätestens beim nächsten Konjunkturerinbruch das genaue Gegenteil eintreten wird - denn Rationalisierung bedeutet noch mehr Substitution menschlicher durch maschinelle Arbeit -, dient das Argument zudem dazu, die Arbeitslosigkeit und die angebliche Schaffung von Arbeitsplätzen gegen den Umweltschutz auszuspielen. Erst eine kleine Minderheit erkennt demgegenüber, *dass der Verlust von Arbeit und der Verlust von Natur dieselben Ursachen haben und dass beide Probleme erst gelöst werden können, wenn diese Ursachen angegangen und nicht immer noch weiter verschärft werden.*

Sustainable Shrinking ist angesagt

So unbequem dies vorerst klingen mag, wir werden unter dem Gesichtspunkt einer wieder zukunftsverträglichen Entwicklung nicht umhin kommen, die Grundprämissen unserer hochgehaltenen westlichen Marktwirtschaft ebenso zu hinterfragen wie das weit übersteigerte Produktions- und Konsumvolumen, zu welchem sie geführt haben. Gemäss Studien der europäischen Umweltorganisationen, die von der EU mitfinanziert wurden, leben wir in den reichen Ländern Europas auf einem Niveau, bei welchem wir mehr als fünfmal soviel Rohstoffe und Energie verbrauchen, wie uns im Rahmen einer nachhaltigen, zukunftsverträglichen Lebensweise zustehen würde, die nicht auf Kosten kommender Generationen geht (vgl. INFRAS 1995). Auf die Landesfläche umgelegt, *belegen wir mit unserem heutigen Lebensstil eine Fläche, die mehr als fünfmal so gross ist wie unser Staatsgebiet.* Oder anders ausgedrückt, würde die ganze Menschheit auf derart grossem Fuss leben wie wir heute, dann wären sozusagen fünf Planeten Erde erforderlich, um das auf naturverträgliche Weise zu gewährleisten.

Wir müssen folglich mit der Art, wie wir leben und wirtschaften, wieder dazu kommen, die Natur lediglich zu nutzen und sie nicht zu übernutzen. *Wir müssen wieder naturverträglich werden.* Und hierzu sind in erster Linie wir in den reichsten Ländern der Erde gefordert; wir sind so gesehen die wahren Entwicklungsländer, weil wir weit über die Verhältnisse leben. Auch und erst recht nach Rio kann das Rezept für uns nicht 'sustainable growth', nachhaltiges Wachstum, heissen und auch nicht einfach 'sustainable development', nachhaltige Entwick-

lung. *Gefordert und anzustreben ist ganz klar 'sustainable shrinking', nachhaltiges Gesundshrumpfen.* Wir müssen wieder zum menschlichen Mass zurückfinden, und das beginnt vorerst bei jedem und jeder einzelnen von uns.

Wir alle haben die Freiheit, uns wieder zu besinnen, welcher persönliche Lebensstil uns zuträglich ist und wo wir Gefahr laufen, unser Selbstwertgefühl und unsere Identität nur noch aus den Konsummöglichkeiten zu beziehen, auf die wir meinen angewiesen zu sein. Wir können für uns erkennen, wieviel reicher wir werden, wenn wir trotz all der Verlockungen um uns herum wieder lernen, über unseren Bedürfnissen zu stehen. Jedes Konsumgut, das wir nicht mehr einfach nur kaufen, weil es die Nachbarn auch haben oder weil es gerade Mode ist, stellt nicht nur für die Natur eine Erleichterung dar, sondern befreit auch uns selber aus unseren selbstgeschaffenen Zwängen. Je besser es uns gelingt, unser Konsumverhalten zwar nicht fanatisch, aber konsequent zu reflektieren und umzustellen, desto klarer werden wir *erkennen, wieviel Überflüssiges an Überflüssigem wir uns bisher geleistet haben, und wieviel überflüssige Arbeit wir aufwenden mussten, um dieses Überflüssige zu bezahlen.*

Sobald Konsumieren und Konsumieren-Können nicht mehr unseren fast einzigen und wichtigsten Lebensinhalt darstellt, werden wir auch wieder Zeit für das Wesentliche finden, für die Familie und für das Zusammensein mit Freunden, für das Engagement für andere und für die Natur. Wir werden wieder in der Lage sein, uns vermehrt in der Natur aufzuhalten, ihre Kraft zu spüren und zu uns selbst zu finden. Es wird mir in der Folge auch gelingen, einen Sinn in meinem Leben zu entdecken, und das, was mir wichtig ist, auf andere auszustrahlen. *Einzelne kleine Impulse der Veränderung können sich so mit andern verbinden und eine grosse Kraft entwickeln,* die im übrigen weltweit bereits im Entstehen begriffen ist, die aber angesichts der vielen Krisen- und Katastrophenmeldungen leicht übersehen wird.

Die Marktwirtschaft braucht neue Rahmenbedingungen

Allein, ein Bewusstseinswandel in wachsenden Teilen der Bevölkerung reicht nicht aus, um auf einen anderen, zukunftsverträglichen Entwicklungspfad zu gelangen. Er muss begleitet und ergänzt werden durch eine *Veränderung der Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft.* Gerade die bisherigen Rahmenbedingungen sind nämlich verantwortlich dafür, dass wir überhaupt in die heutige Lage des völlig übersteigerten und verselbständigten Produzierens und Konsumierens geraten sind. Zudem wäre unsere derzeitige, auf Wachstum programmierte Geldkonkurrenz-Marktwirtschaft gar nicht in der Lage, mit einem zurückhaltenderen Konsumverhalten breiterer Bevölkerungskreise umzugehen, sondern würde dadurch sogleich in noch ernsthaftere Krisen geraten.

Eines ist zwar richtig: Eine Volkswirtschaft auf der Basis der Selbstregulation über Angebot und Nachfrage aufzubauen, ist sicher sinnvoller und zweckmässiger, als sie zentral planen und steuern zu wollen. Wie die Praxis im Ostblock in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt hat, ist kein Planer der Komplexität einer ganzen Volkswirtschaft gewachsen, und er muss zu repressiven Mitteln greifen, um dennoch einigermassen über die Fünfjahrespläne zu kommen. Die Tatsache, dass eine Marktwirtschaft einer Planwirtschaft vom Ordnungsprinzip her grundsätzlich überlegen ist, kann und darf jedoch nicht heissen, dass die Selbstregulation von Angebot und Nachfrage einfach sich selbst überlassen werden darf. Andernfalls kommt es zu einer Selbstwucherung nach dem oben skizzierten Muster, zu einer Eskalation der Bedürfnisse auf Kosten der Natur, zu einer Ausbeutung auch des Menschen und zu immer grösseren Verteilungsungerechtigkeiten.

Es muss zwangsläufig zu unsinnigen und untragbaren Entwicklungen kommen, wenn jeder einfach nur seinen eigenen Nutzen verfolgt und als Einzelperson oder Unternehmen soviel für sich selber akkumulieren kann, wie ihm passt. *Das freie Spiel von Angebot und Nachfrage braucht zwingend gesellschaftliche Regeln, in die es eingebettet ist.* Diese müssen rechtlich verbindlichen Charakter haben und bei den zentralen Antriebskräften unseres Wirtschaftens ansetzen. Zudem müssen neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sozusagen vor Ort eingeführt werden können. Es genügt nicht, die Verantwortung nach bisherigem Muster an andere Länder oder an die grossen Wirtschaftsblöcke zu delegieren und auf die Weltregierung zu warten. Veränderte Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft müssen so sein, dass einzelne Staaten eine Pionierrolle übernehmen können, ohne dass sie deswegen zum Scheitern verurteilt sind.

Des weiteren *müssen veränderte Spielregeln des Wirtschaftens substantieller, umfassender Natur sein*, d.h. an die Wurzeln der heutigen Fehlentwicklungen reichen und Korrekturen in mehreren gesellschaftlichen Bereichen zugleich bewirken. Es genügt beispielsweise nicht, nur Phosphate in Waschmitteln oder Einwegflaschen zu verbieten, den Höchstenergieverbrauch von Elektrogeräten oder die Mindestlebensdauer von Gebrauchsgütern vorzuschreiben, die individuelle Heizkostenabrechnung oder ein Pfand auf Batterien einzuführen. All diese Massnahmen bewirken lediglich zwar erwünschte, aber nur partielle Korrekturen, und sie werden der Wirtschaft willkommenerweise den bequemen Vorwurf ermöglichen, der Staat mische sich allenthalben in ihre Angelegenheiten ein.

Der Natur einen Preis geben

Weit zweckmässiger ist es, zusätzlich zu oder anstelle von Geboten und Verboten sogenannte marktwirtschaftliche Instrumente resp. Lösungen vorzusehen. Eine Möglichkeit besteht darin, *nach japanischem Vorbild bei Umweltschäden die Beweislast umzukehren* und statt der bisherigen Kausalhaftung

eine Gefährdungshaftung einzuführen (TSURU/WEIDNER 1985). Vor allem aber drängt sich aufgrund der vorangegangenen Analyse auf, *der Natur auch im ökonomischen Geschehen einen Wert zu geben*. Das ist dadurch möglich, dass auf den Marktpreis, der sich aus Angebot und Nachfrage ergibt und der dem effektiven Wert der Natur grundsätzlich nie gerecht werden kann, ein ins Gewicht fallender Zuschlag erhoben wird. Zwar wäre es zu aufwendig, sämtliche Rohstoffe und Abfälle auf diese Weise zu verteuern. Aber es bietet sich wenigstens und vor allem bei jenem Naturprodukt an, das der gesamten wirtschaftlichen Produktion zugrundeliegt und sie im wahrsten Sinne antreibt, bei der Energie - insbesondere bei den nicht erneuerbaren Energien.

Entsprechende Vorschläge liegen denn auch lange schon auf dem Tisch, wurden aber bisher seitens der Wirtschaft mit den oben genannten Vorbehalten ganz oder zu grossen Teilen verhindert. Um die Akzeptanz zu erhöhen, wird es deshalb darum gehen müssen, die Energie staatsquotenneutral zu verteuern, d.h. so, dass daraus nicht höhere Steuererträge des Staates resultieren. Entweder müssen bisherige Steuern im Rahmen einer *ökologischen Steuerreform* durch Ökosteuern ersetzt werden oder aber die Erträge der Energiebesteuerung dürfen nicht beim Staat bleiben, sondern müssen nach dem Modell des *Ökobonus* wieder an die Bevölkerung rückverteilt werden. Natürlich sind auch beide Varianten miteinander kombinierbar. Zudem muss die Verteuerung der Energie schrittweise, nach einem zum vornherein feststehenden jährlichen Prozentsatz erfolgen, so dass die Wirtschaft sich darauf einstellen kann. Ferner sind kurzfristige Wettbewerbsnachteile dadurch zu verhindern, dass die in energieintensiv hergestellten Produkten enthaltene sogenannte 'graue' Energie an der Grenze beim Import belastet und beim Export entlastet wird.

Die Vorteile, welche aus der gezielten Verteuerung des Faktors Energie resultieren, sind vielfältig und liegen auf der Hand: Vorerst natürlich wird Energie allenthalben sparsamer eingesetzt. Auch werden erneuerbare Energien gegenüber nicht erneuerbaren preislich konkurrenzfähig und decken einen immer grösseren Teil der Energieversorgung ab. Darüber hinaus reduziert sich bei steigenden Energiepreisen das Volumen an transportierten Gütern; sie werden wieder vermehrt dort hergestellt, wo sie verbraucht werden. *Durch all diese Wirkungen wird die Umwelt massiv entlastet, und es resultieren im Vergleich zu heute erheblich geringere Umweltkosten.* Aber auch für den Faktor Arbeit ergeben sich positive Wirkungen. Dadurch, dass sich die Energiekosten relativ zu den Arbeitskosten wieder verteuern, wird menschliche gegenüber maschineller Arbeit attraktiver. *Der Rationalisierungsdruck wird vom Faktor Arbeit auf den Faktor Energie gelenkt* und der weitere Abbau von Arbeitsplätzen zumindest verlangsamt. Dadurch verbessert sich das soziale Klima, und die Arbeitsmotivation steigt. Darin liegt ein gewichtiger internationaler Wettbewerbsvorteil.

Vor allem aber kann sich jenes Land, das den Faktor Energie konsequent verteuert, deshalb einen Vorsprung erarbeiten, weil seine Unternehmen klare und planbare Anreize haben, um Innovationen in Richtung energiesparender und sanfter Technologien zu leiten.

Daraus ergibt sich nun allerdings auch ein gewichtiges Problem. Wie das Beispiel Japan gezeigt hat, wo die Energiekosten seit 1975 über dem internationalen Durchschnitt lagen, können aus der Verteuerung der Energie ganz neue Wachstumsimpulse und -potentiale resultieren, die zu einer wirtschaftlichen Gesamtentwicklung mit weiter steigendem oder allenfalls stagnierendem Energieverbrauch führen. Wir sollten jedoch, wie angesprochen, wieder auf Entwicklungspfade zurückfinden, wo wir mit einem Bruchteil unseres heutigen Energie- und Ressourcenverbrauchs auskommen. Das ist absehbarerweise allein technisch und nur auf der Basis höherer Energiekosten nicht machbar. Zudem stellt sich auch die soziale Frage. Mit Energieabgaben lösen wir das oben beschriebene Problem der Verteilungsgerechtigkeit nicht, wir vergrößern es eher noch, weil höhere Energiekosten für die unteren Bevölkerungsschichten relativ stärker ins Gewicht fallen als für die oberen. Und schliesslich werden auch die mit der Geldkonkurrenz-Wirtschaft zusammenhängenden Wachstumszwänge durch die Verteuerung der Energie nicht angegangen.

Den ersten mit einem zweiten Arbeitsmarkt ergänzen

Wenn wir also nach Rahmenbedingungen suchen, welche die Marktwirtschaft wieder zur Vernunft und ins Lot bringen, dann reichen Lenkungsabgaben auf nicht erneuerbare Energien nicht aus. Sie sind zwar durchaus sinnvoll und in der politischen Diskussion allen Widerständen zum Trotz derart weit fortgeschritten, dass sie sich am ehesten verwirklichen lassen, zumindest in abgeschwächter und vielleicht zu wenig wirksamer Form. Sie müssen jedoch zwingend ergänzt werden durch weitere Massnahmen, die auch im sozialen Bereich ansetzen und auf die Natur und ihre Erhaltung indirekt positive Wirkungen ausüben.

Ausgangspunkt für veränderte Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft, die vom Sozialbereich ausgehen, ist das sich unaufhaltsam weiter verschärfende Problem der Arbeitslosigkeit. Vor allem der Sozialethiker Hans RUH (1995) hat diesbezüglich vorgeschlagen, *zusätzlich zum ersten einen zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen*: Jene Arbeitskräfte, die gezwungen werden, aus dem Arbeitsprozess auszuscheiden und keine neue Anstellung mehr finden, sollen dort wieder beschäftigt werden, wo wichtige und sinnvolle gesellschaftliche Aufgaben anstehen. Diese blieben bislang unerledigt, weil keine (zahlungsfähigen) Abnehmer zur Verfügung standen und sie deshalb für die Wirtschaft nicht attraktiv waren. Im Vordergrund stehen dabei der ökologische, der soziale und der humane Bereich. Aus

verschiedenen Quellen und primär aus Mitteln der Sozialversicherungen finanziert, könnten hier Arbeitslose im umfassenden Sinn Pflegeaufgaben an die Hand nehmen, die sowohl anderen Menschen als auch der Natur zugute kommen.

Ja, mehr noch, das Modell des zweiten Arbeitsmarktes kann auch auf die gesamte Gesellschaft erweitert werden. Im Rahmen eines für jedermann *obligatorischen Sozialdienstes* würden jene Aufgaben in Angriff genommen, die für die Gesamtgesellschaft zwar wichtig und grundlegend sind, aber deshalb vernachlässigt wurden, weil sie mangels finanzieller Rendite nicht über den Markt abgedeckt wurden. Ein derartiger Sozialdienst könnte beispielsweise drei Jahre dauern. Ein erstes Jahr würde vor dem Einstieg ins Erwerbsleben geleistet, ein zweites während der Erwerbstätigkeit in periodischen, z.B. einmonatigen Einsätzen und ein drittes in der Zeit vor und nach der Pensionierung.

Dadurch würden nicht nur wichtige gesellschaftliche Aufgaben z.B. in der Altersbetreuung abgedeckt, sondern *in der Bevölkerung auch ein neues Bewusstsein für den Stellenwert und den Sinn jener Arbeit geschaffen, die sich nicht an gewinnstrebigere und konkurrenzerzwungener Effizienz orientiert*. Und es wäre auf diese Weise auch möglich, bei vielen Menschen das Naturempfinden und die Liebe zur Natur neu zu wecken. Entgolten werden könnten Einsätze im Rahmen des obligatorischen Sozialdienstes im Rahmen von Erwerbsausfallentschädigungen, wie sie z.B. in der Schweiz heute bereits jene Personen erhalten, die in der Milizarmee Militärdienst leisten.

Garantiertes Grundeinkommen anstelle der heutigen Rentensysteme

Es ist aber auch ins Auge zu fassen, im Zusammenhang mit der Einführung des obligatorischen Sozialdienstes, das gesamte System der heutigen Sozialleistungen grundlegend zu überprüfen und zu hinterfragen. Ein marktwirtschaftliches System, das immer mehr Menschen aus dem Arbeitsprozess und an den Rand der Existenzmöglichkeit drängt, muss *gewährleisten, dass sämtlichen Mitgliedern der Gesellschaft auch ohne Lohnarbeit ein menschenwürdiges Auskommen möglich ist*. Und umgekehrt erscheint es angesichts der wachsenden Unterschiede zwischen Reich und Arm immer fragwürdiger, jedermann unabhängig von der tatsächlichen Bedürftigkeit Sozialleistungen auszubezahlen.

Beide Gesichtspunkte können in Lösungen vereinigt werden, welche anstelle der verschiedenen bisherigen Rentensysteme ein *garantiertes Grundeinkommen* vorsehen. Es gewährt denjenigen Personen, welche keine oder nur in geringem Mass Erwerbsarbeit leisten, ein staatliches Mindesteinkommen (BÜCHELE & WOHLGENANT 1985). Einerseits muss es eine menschenwürdige Existenz ermöglichen, andererseits aber auch tief genug sein, damit der Anreiz, Lohnarbeit zu leisten, nicht verlorengeht. Am besten wird es deshalb in Form der negativen Einkommenssteuer ausgestaltet (vgl.

Abb. 1), bei welcher die Betroffenen die Möglichkeit haben, das garantierte Minimum durch Erwerbsarbeit aufzubessern, bis zu einem Einkommen, bei welchem der Staat keine Zuschüsse mehr leistet, sondern wie bis anhin Einkommenssteuern erhebt. Für Personen, welche aus Gesundheits- oder Altersgründen keine Möglichkeit haben, selber hinzuzuverdienen, sind allenfalls Ergänzungsleistungen vorzusehen.

Modellrechnungen für die Schweiz haben gezeigt, dass ein garantiertes Grundeinkommen auf der Basis von 18.000 Franken pro erwachsener Person und Jahr nicht teurer zu stehen kommt als die verschiedenen bisherigen Renten, die es ersetzen würde. Im Sinn einer neuen Rahmenbedingung der Marktwirtschaft hätte das Modell zudem den Vorteil, dass es die Menschen vom verabsolutierten Zwang und Druck, Lohnarbeit zu leisten, befreien würde. Nicht nur ältere, sondern *auch jüngere Menschen hätten die Möglichkeit, sich während bestimmten Phasen ihres Lebens kreativen und sozialen Tätigkeiten zu widmen* und trotzdem über eine garantierte Existenz auf allerdings bescheidenem Niveau zu verfügen. Zudem würde dadurch natürlich der Arbeitsmarkt entlastet, mit ein Grund, weshalb das Modell auch in konservativen Kreisen in Betracht gezogen wird. Es könnte natürlich auch erlauben, das Problem der Arbeitslosigkeit auf elegante Weise zu lösen, indem sozusagen überflüssig gewordene Menschen auf das Existenzminimum gesetzt würden.

So allerdings ist das Modell des garantierten Grundeinkommens nicht gemeint. Die Tatsache, dass es auf eine soziale Ausgrenzung der Grundeinkommens-Bezüger hinauslaufen könnte, zeigt aber gleichzeitig, dass es auch für sich allein genommen ebenfalls noch nicht genügt, um die Marktwirtschaft auf den Pfad einer nachhaltigen, sozial gerechten Entwicklung zu bringen. Auch wenn es dazu beiträgt, im informellen und zwischenmenschlichen Bereich ein grosses Potential an Kreativität freizusetzen und mit dem Modell eines obligatorischen

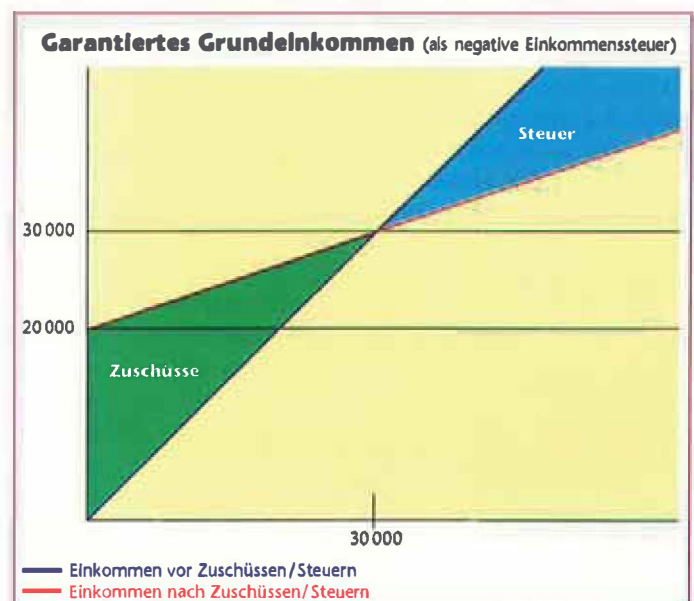
Sozialdienstes und eines zweiten Arbeitsmarktes kombinierbar ist, bewirkt es nur am Rande Korrekturen im ersten Arbeitsmarkt und in der traditionellen Wirtschaftssphäre. Diese wird weiterhin auf bedingungslose Konkurrenz und den Zwang zu weiterem Wachstum programmiert bleiben, solange nicht zusätzliche Rahmenbedingungen vorgesehen werden, die nebst der Energie beim zweiten Faktor einsetzen, welcher die Marktwirtschaft antreibt: beim Geld.

Vom Zins zum umlaufgesicherten Geld

Vorschläge, die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen über das Geld zu verändern, wurden von der *freiwirtschaftlichen Bewegung* bereits vor Jahrzehnten gemacht, jedoch in Theorie und Praxis zu meist unterdrückt. Die entsprechenden Ideen gehen zurück auf den deutsch-argentinischen Kaufmann Silvio Gesell. Er empfand die Geldvermehrung über den Zins als ungerecht und suchte nach Wegen, ihr gegenzusteuern. Er sah die Lösung darin, *das Geld resp. das Wesen des Geldes zu verändern*. Wie jedes andere Produkt sollte nach Gesell auch das Geld altern, d.h. an Wert verlieren. Das ist dann möglich, wenn auf Geld kein Zins bezahlt, sondern ein Abschlag erhoben wird (KENNEDY 1991, SENF 1996).

Während der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre wurden diese Vorschläge vereinzelt in die Tat umgesetzt. Vor allem in der österreichischen Kleinstadt Wörgl wurde sogenanntes *Schwundgeld* in Umlauf gesetzt. Es hatte die Besonderheit, dass sich die Geldscheine monatlich entwerteten und vom jeweiligen Besitzer durch das Aufkleben von Marken wieder auf den Nennwert gebracht werden mussten, um gültig zu bleiben. Als Folge der neu eingeführten zinslosen Lokalwährung resultierte in Wörgl mitten in der Wirtschaftskrise ein beträchtlicher Wirtschaftsaufschwung. Daraufhin allerdings wurde das Experiment von der österreichischen Nationalbank mit dem Argument unterbunden, dass

Abbildung 1



Notenmonopol stehe ihr allein zu, niemand anders dürfe eine eigene Währung in Umlauf bringen.

Auch in der Schweiz führte die freiwirtschaftliche Bewegung bereits 1936 ein alternatives, zinsloses Geld ein, das sogenannte *WIR-Geld*. Im Gegensatz zum Experiment von Wörgl blieb dieses bis heute erhalten und hat inzwischen einen beträchtlichen Stellenwert erhalten. Es dient vor allem Klein- und Mittelbetrieben als Zahlungsmittel im gegenseitigen Geschäftsverkehr sowie als Möglichkeit, zu einem günstigen Darlehen zu kommen. Mittlerweile wird in der Schweiz über 80.000 Teilnehmerkonten ein jährlicher Gesamtumsatz von 2,5 Mia. *WIR* abgewickelt, wobei ein *WIR* dem Wert eines Schweizer Frankens entspricht. Weil *WIR*-Geld keine Zinsen trägt und zudem als Zahlungsmittel nicht universell verwendbar ist, wird es vom jeweiligen Besitzer möglichst rasch wieder in Umlauf gegeben und gewährleistet damit zugleich, dass sich die am *WIR*-Genossenschaftsring beteiligten Klein- und Mittelunternehmen gegenseitig Geschäftsaufträge geben.

Ausgehend von Kanada und England haben freiwirtschaftliche Ideen zudem Eingang in *lokale Tauschkreise* gefunden, an denen Einzelpersonen und z.B. auch Arbeitslose teilnehmen. Sie erbringen füreinander gegenseitig Leistungen, die über einen zentralen Computer verrechnet werden. Im Fall des schweizerischen Talent-Experiments unterliegen dabei Guthaben ebenfalls einem Abschlag (von monatlich einem halben Prozent). Zudem darf ein Teilnehmer als Einzelperson nicht mehr als 700 Talent (= 700 sFr.) Schulden machen. Auch hier steht also die Idee im Vordergrund, dass Geld wieder dem Tausch dienen soll und sich nicht über den Zins vermehren darf.

Ziel der Freiwirtschaftler ist es allerdings nach wie vor, Schwund- resp. Freigeld nicht nur als lokale Zweitwährung zu etablieren, sondern es an die Stelle unseres herkömmlichen Geldes zu setzen. Zu recht weisen sie darauf hin, dass so *der gigantischen Umverteilung über den Zins ein Riegel vorgeschoben würde*. (CREUTZ 1995, S. 288) Allerdings ziehen sie meist zu wenig in Betracht, dass damit die Akkumulation von Kapital nach wie vor möglich bleibt und dass es erst recht zu einer Übersteigerung der wirtschaftlichen Aktivitäten kommen könnte. Erstens läuft Geld schneller um und heizt den Konsum an, und zweitens besteht ausgerechnet dann nach wie vor die Möglichkeit, Geld unendlich zu vermehren, wenn es in die Wirtschaftssphäre investiert wird. Wie schon während den dreissiger Jahren könnte es so zu einem neuen Wirtschaftsboom auf Kosten der Natur kommen (vgl. auch SENF 1996, S. 126ff).

Obergrenzen für Einkommen und Gewinne

Zwar ist es völlig richtig, dass die Zielsetzung einer wieder selbstorganisierten und nicht mehr selbstwuchernden Marktwirtschaft nur dann erreicht werden kann, wenn das Thema Geld zusätzlich zum Faktor Energie mit in Betracht gezogen wird. Auch

erscheint es in der Tat zweckmässig, Geld nicht zum vornherein so zu konzipieren, dass es über eine Schuld in Umlauf gesetzt wird und damit zu Zinslasten und Wachstumszwängen führt. Diesbezüglich kann Freigeld ein wichtiger Baustein für eine wieder natur- und menschenverträgliche Marktwirtschaft sein. Mehr jedoch als der Zins und Zinseszins stellt die Akkumulation von Geld und Kapital das Problem dar. Wenn ihr keine Grenzen gesetzt werden, wird Geld weiterhin dorthin fließen, wo es bereits ist, auf Kosten jener, bei denen es dann fehlt, und verbunden mit Zwängen zur weiteren Vermehrung auf Kosten der Natur als Rohstofflieferant und Abfalldepot.

Wird andererseits die Möglichkeit zur Geld- und Kapitalanhäufung eingeschränkt, dann löst sich auch das Zinsproblem, weil die Zinsen auf einen tiefen Wert sinken. Naheliegender wäre, diesbezüglich bei den Vermögen und bei der Vermögensbesteuerung anzusetzen. Dies würde jedoch einen zu massiven Eingriff in das heutige System bedeuten. Es ist deshalb zweckmässiger, der Kapitalakkumulation über die Arbeits- und Kapitaleinkommen Grenzen zu setzen. Eine einfache Möglichkeit besteht darin, im Sinn von stabilisierenden Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft Obergrenzen für die jährlichen Einkommen natürlicher Personen und für die Gewinne von juristischen Personen, sprich: Unternehmungen, vorzugeben.

Am besten geschieht dies in Kombination mit dem garantierten Grundeinkommen, indem in der Verfassung eines Landes festgeschrieben wird, dass das steuerbare Maximaleinkommen natürlicher Personen z.B. nicht mehr als siebenmal so hoch sein darf wie das garantierte Grundeinkommen. Eine separate Obergrenze gilt für Kapitaleinkommen, indem sie das Anderthalbfache des garantierten Grundeinkommens nicht übersteigen können (vgl. Abb. 2). Analog zu den Einkommen natürlicher Personen unterliegen aber auch die Gewinne der Unternehmen einer Obergrenze, zumal die Kapitalakkumulation hier das noch viel grössere Problem darstellt als bei Privatpersonen. Der Gewinnbetrag, den juristische Personen jährlich einbehalten können, beläuft sich z.B. auf maximal das Fünfundzwanzigfache der Einkommensobergrenze natürlicher Personen und zwar unabhängig vom Umsatz des betreffenden Unternehmens. Gleichzeitig entfällt das Holdingprivileg, das heisst, es ist nicht mehr möglich, mehrere Unternehmen ohne Steuerfolgen zu verschachteln.

Zwischen garantiertem Grundeinkommen und steuerbarem Maximaleinkommen resp. Maximalgewinn würden die Einkommen und Gewinne zwar progressiv, aber gemässigt besteuert, mit der Zielsetzung, dass unterhalb der Obergrenze ein Grossteil der Einkommen resp. Gewinne bei den Steuerpflichtigen verbleibt. Wer andererseits mit seinem Einkommen oder Gewinn diese Obergrenze überschreitet, hat vorerst selber die Möglichkeit zu bestimmen, an wen er den Überschuss weitergeben will. Schenkungen sind nämlich neu steuerlich voll

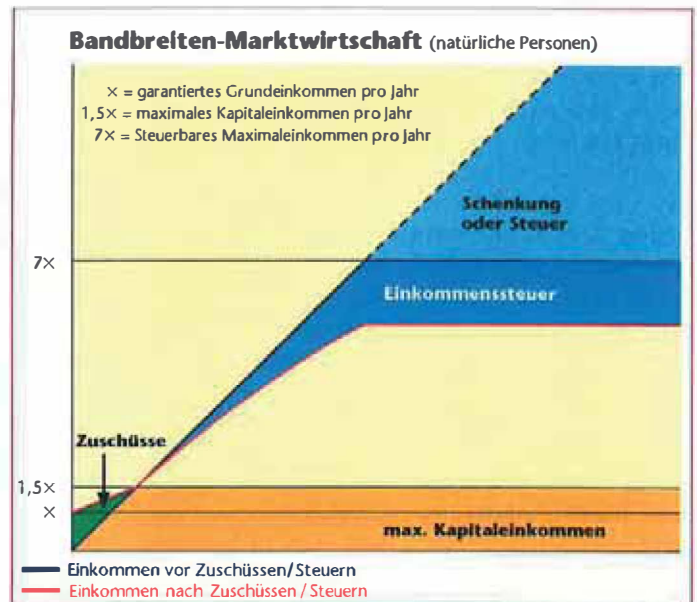


Abbildung 2

abzugsfähig. Geld erhält damit auch Schenkungscharakter; es wird dorthin gelenkt, wo noch tatsächlicher Bedarf danach besteht, und dient nicht mehr bloss dazu, auf Kosten anderer bestehende Grossvermögen weiter anzuhäufen oder in Grossunternehmen die "Kriegskassen" zu füllen.

Vorteile einer Bandbreiten-Marktwirtschaft

Aus derartigen Obergrenzen, verbunden mit einem garantierten Grundeinkommen, resultiert eine *Bandbreiten-Marktwirtschaft*. In ihr ist die Möglichkeit zur individuellen Einkommenssteigerung und zur Gewinnerzielung auf eine vorgegebene, in der Verfassung festgeschriebene Bandbreite beschränkt. Innerhalb dieser Bandbreite gilt das weitgehend freie Spiel von Angebot und Nachfrage. Der Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmen nimmt nun aber wieder überschaubare und humane Dimensionen an und ist frei von Wachstumszwängen. Denn die Wirtschaft setzt sich jetzt zusammen aus Klein- und Mittelbetrieben, die in erster Linie für einen lokalen und regionalen Markt tätig sind und auch vermehrt miteinander kooperieren. Jene wenigen Grossunternehmen, die nach wie vor nötig und zweckmässig sind, wie z.B. Bundesbahn oder Post, sind (wieder) halböffentlich und einer demokratischen Kontrolle unterstellt.

Die wieder lokal und regional ausgerichteten Wirtschaftsstrukturen haben *bedeutend kürzere Transportwege und ein viel geringeres Verkehrsaufkommen* zur Folge. Produkte werden wieder vermehrt dort konsumiert, wo sie hergestellt wurden. Dadurch entsteht ein engerer Kontakt zwischen Konsument und Produzent. Der Konsument beginnt besser darauf zu achten, welche Produkte er kauft und unter welchen Bedingungen sie erzeugt wurden. Das Konsumverhalten wird aber auch dahingehend bewusster, dass bedingt durch die Einkommensobergrenzen positionale Luxusgüter ihren Stellenwert verlieren. *Produkte werden wieder aus Zweckmässigkeitsüberlegungen gekauft und nicht,*

um anderen damit zu imponieren. Zudem werden Gebrauchsgüter vermehrt auf Langlebigkeit hin konzipiert und produziert und sind nicht mehr dem heutigen Mode- und Verschleissdiktat unterworfen. Und darüber hinaus geht natürlich auch der Konsum insgesamt zurück, denn er stellt jetzt nicht mehr den fast alleinigen Lebensinhalt dar.

Auch die Arbeitsinhalte wandeln sich in einer lokal und regional ausgerichteten Bandbreiten-Marktwirtschaft massiv. Erstens werden die Arbeitswege wieder kürzer und die Pendlerströme geringer. Zweitens sinkt der Druck auf die Unternehmen, die Produktion um jeden Preis zu rationalisieren und den Maschinenpark stets auf dem neuesten Stand zu halten. *Die menschliche und menschengemässe Arbeit erhält einen hohen Stellenwert und ist nicht mehr länger dem Diktat der Maschine unterworfen.*

Zudem kommen die mit dem Einsatz von Maschinen und Produktionsautomaten verbundenen Arbeitseinsparungen und -erleichterungen jetzt der Arbeitnehmerschaft zugute. Statt zu immer grösserer Hektik bei ständig wachsendem Produktionsanstoss führen sie bei insgesamt sinkender Produktion zu massiv kürzeren Arbeitszeiten und zu mehr tatsächlicher Freizeit, d.h. zu freier Zeit, die nicht mehr der blossen Zerstreuung und Ablenkung vom Alltagsstress dient, sondern zur persönlichen Entwicklung im Dienst der Gemeinschaft genutzt werden kann. Weil die leistungslose Entschädigung des Kapitals wegen der niedrigen Zinssätze stark zurückgeht, bleibt darüber hinaus mehr Geld zur Vergütung des Faktors Arbeit. Und weil auch die Lebenshaltungskosten durch die gesunkenen Konsumansprüche und die jetzt nicht mehr in den Produktpreisen enthaltenen Zinskosten sinken, wird es möglich, das gesellschaftlich noch notwendige Arbeitsvolumen besser und gerechter auf die arbeitsfähige Bevölkerung zu verteilen.

Nicht nur der Mensch, sondern auch die Natur wird jedoch durch eine Wirtschaft, die wieder zum menschlichen Mass zurückgefunden hat, sehr stark

entlastet. *Jetzt kann Natur- und Umweltschutz zu einem integralen Bestandteil der übrigen Politikbereiche und auch der Wirtschaftspolitik werden.* Denn nun rennt er nicht mehr einer konkurrenzbestimmten Geldwirtschafts-Logik hinterher, die auf der Vereinnahmung von immer noch mehr Natur basiert. Durch den Übergang von einer selbstwuchernden zu einer selbstorganisierten Marktwirtschaft sinkt das derzeitig völlig übersteigerte Produktions-, Konsum- und Verkehrsvolumen ab und führt dazu, dass der Druck auf die Natur als Rohstoff- und Energielieferant markant zurückgeht. Darüber hinaus werden Technologien zur effizienteren Rohstoff- und Energienutzung jetzt nicht mehr nur in höhere Stückzahlen der Produktion umgesetzt, sondern haben einen zusätzlich sinkenden Gesamtverbrauch zur Folge. Weil auch in bevölkerungsreichen Gebieten die Lebensqualität wieder steigt und die Alltagshektik sinkt, entfällt ferner die Funktion der Natur als Fluchtort. Sie wird vom Tagestourismus entlastet, und *die Menschen werden wieder fähig, eine tiefere Beziehung zu ihr aufzubauen, sich als Teil der Natur zu verstehen und ihre natürliche Mitwelt und sich selber in ihrem Eigenwert zu respektieren.*

Scheinbare Widersprüche

Das alles tönt nun fast so, als könnten wir durch veränderte Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft die Erde in ein Paradies verwandeln. Ist das aber nicht zu optimistisch gedacht, weil nämlich mit der Einführung von Obergrenzen für Einkommen und Gewinne eine gewaltige Kapitalflucht einsetzen wird und damit das Experiment zum vornherein zum Scheitern verurteilt ist? Nein, das erscheint nur aufgrund der heutigen Denklogik so. Dass all jene, die ihre Einkommen und Gewinne weiterhin unendlich vermehren wollen, das betreffende Pionierland verlassen, ist überhaupt die Voraussetzung für das Gelingen des Experiments. Denn genau sie sind es, die mit ihrem Streben nach unendlicher Akkumulation der gesamten Gesellschaft finanzielle Substanz und Kreativität entziehen und sie zudem unter Wachstumszwang setzen. Obwohl meist hochangesehen und als unentbehrlich erachtet, haben sie in Tat und Wahrheit eine Schmarotzerfunktion inne, derer sich das Pionierland entledigen muss, um die Funktion des Wirtschaftens wieder harmonisch und gleichwertig in die übrigen gesellschaftlichen Aktivitäten integrieren zu können.

Natürlich steht es aber einer Grossunternehmung auch frei, sich in rechtlich selbständige kleinere Einheiten aufzulösen oder aber vergleichsweise gross zu bleiben, dann jedoch nur einen Teil des Gewinns für sich behalten zu können. Durch all jene, die es demgegenüber vorziehen, ihren (Wohn-)Sitz und ihr Kapital soweit als möglich ins Ausland zu verlegen, wird die Währung des Pionierlandes zwar an Wert verlieren, d.h. der Wechselkurs wird sinken. Auch das ist jedoch positiv, weil sich nun die Importe verteuern und dadurch ein *natürlicher Schutz der kleinräumig produzierenden inländi-*

schen Industrie gegenüber der betriebswirtschaftlich an sich billigeren ausländischen Massenproduktion entsteht. Zudem verteuern sich nun die Importe von Rohstoffen und Energie. Das führt zu einer sparsameren Nutzung nicht erneuerbarer Energien und zu einer vermehrten Substitution durch erneuerbare Energieträger und fördert zudem das Recycling von Produkten und Grundstoffen. Darüber hinaus entstehen endlich gerechtere Terms of Trade zu den Entwicklungsländern. Diese erhalten im Austausch mit Unternehmen des Pionierlandes einen höheren Preis für ihre Produkte, werden aber gleichzeitig mengenmässig weniger Produkte exportieren, sondern sie vermehrt für die Bedarfsdeckung der eigenen Bevölkerung gebrauchen können.

Was aber ist mit den Arbeitsplätzen, die durch die Abwanderung vieler Grossunternehmen, durch überflüssig gewordene wirtschaftliche Zwischenleistungen wie z.B. Transporte und durch den Rückgang des Konsums verlorengehen? Auch dieser Einwand ist zwar auf den ersten Blick naheliegend und gerechtfertigt, relativiert sich jedoch bei näherem Hinsehen. Wie bereits gesagt, *sinkt durch die Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur der Konkurrenz- und Rationalisierungsdruck.* Auch sind alternative Technologien, die jetzt vermehrt an die Stelle der herkömmlichen treten, arbeitsintensiver. Ferner wird es aufgrund des gesunkenen Anspruchsniveaus, der nach oben hin limitierten Einkommen und des garantierten Grundeinkommens leichter, die Lohnarbeit gerechter und gleichmässiger auf die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft zu verteilen.

Vor allem aber schaffen die abgewanderten Grossfirmen in ganz verschiedener Hinsicht Raum für die Neugründung von Unternehmen: Erstens können sie ihre Produktionsanlagen nicht mitnehmen, zweitens ihre Marktmacht nicht mehr länger ausüben und damit Innovationen verhindern, und drittens werden durch die Abwanderung des Grosskapitals auch die Immobilienpreise sinken. Weil der Staat mit der Einführung von Obergrenzen auf Einkommen und Gewinnen vorübergehend beträchtlich höhere Steuereinnahmen erzielt, ist es ihm zudem möglich, gezielt die Neugründung von Unternehmen zu unterstützen und damit anstelle der verlorengegangenen Arbeitsplätze neue, *kreativere und qualitativ bessere und sinnvollere schaffen zu helfen. Der heutige Überflusswohlstand wird dadurch sozusagen abgeschöpft und dazu eingesetzt, wieder auf einen nachhaltigen und zukunftsgerechteren Entwicklungspfad der Gesellschaft zu gelangen.* Und im übrigen können jetzt auch überflüssig gewordene Produktionsanlagen und Strassen wieder in Grünflächen zurückverwandelt und der Natur zurückgegeben werden.

Entflechtung von Politik und Wirtschaft

Tritt jedoch nun nicht, im Sinne eines weiteren Einwandes, anstelle der Macht der Grosskonzerne lediglich diejenige des Staates? Auch hier lautet die Antwort: nein. Der Staat erzielt wie gesagt bloss

vorübergehend höhere Steuereinnahmen. *Mit dem angestrebten Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten werden auch das Steueraufkommen und mit ihm die Staatsaktivitäten zurückgehen.* Der Staat beschränkt sich nunmehr hauptsächlich darauf, der Marktwirtschaft wirksame Rahmenbedingungen vorzugeben. Im Gegensatz zu heute, wo diese Rahmenbedingungen weitgehend fehlen resp. nur auf einen Hyperaktivismus des Wirtschaftens ausgerichtet sind, muss der Staat nun nicht mehr überall korrigierend und als Nothelfer in den Wirtschaftsprozess eingreifen. All seine kostspieligen Aktivitäten, die zur Hauptsache dazu dienen, einerseits die Wirtschaftsaktivitäten weiter anzukurbeln und sich andererseits der vielen und immer zahlreicheren Opfer derselben anzunehmen, entfallen weitgehend, weil es diese Opfer gar nicht mehr gibt.

Auch wird es nun möglich, der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen, denn sie ist jetzt nicht mehr länger durch eine vermachtete und durch immer grössere Einheiten dominierte Wirtschaft verinnahmt. *Politische Entscheide können wieder am Gesamtinteresse und nicht mehr nur am Interesse der Wirtschaft orientiert werden.* Der Verbreitung der Gentechnologie und anderer, auf linear-materialistischem Denken basierender Technologien lassen sich Riegel schieben, und der Natur kann über die zusätzliche Verteuerung der Energie auch ökonomisch ein Wert gegeben werden. Die Erträge einer entsprechenden Lenkungsabgabe verbleiben zweckmässigerweise zum Teil beim Staat und werden im übrigen als Ökobonus an die Bevölkerung und an die Wirtschaft rückerstattet. Des weiteren verlagert sich die staatliche Technologieförderung viel stärker von nicht erneuerbaren auf erneuerbare Energieformen und -träger. Und schliesslich wird es möglich, die Bauzonen zu verkleinern und auch im Siedlungsraum genügend grosse ökologische Ausgleichsflächen auszuscheiden.

Weitere wichtige neue Akzentsetzungen bestehen darin, nach Wegen für ein neues Bodenrecht zu suchen, das sich anstatt an einem bedingungslosen und unbeschränkten Verfügungsrecht im Sinne des *Dominium* wieder an einem Nutzungsrecht im Sinne des *Patrimonium* orientiert. Ähnliche Lösungen müssen ferner auch beim Patentrecht angestrebt werden. Patente dürfen nicht mehr auf Jahre und Jahrzehnte hinaus einen Monopolanspruch für technisches Wissen garantieren und damit sinnvolle Innovationen verhindern und verzögern. Und schliesslich kann der Wandel von einer wachstumsbestimmten zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsform institutionell unterstützt werden durch die *Schaffung eines Zukunftsrates auf parlamentarischer Ebene*. Er tritt gleichberechtigt neben die beiden anderen Parlamentskammern und hat seine Hauptaufgabe darin, die Interessen künftiger Generationen in den politischen Prozess und in die Gesetzgebung einzubringen (vgl. POSNER 1990, S. 259ff. und GRUPPE VON FLÜH 1996).

Indem ein Land beginnt, diese politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen

auf der Basis einer selbstorganisierten Bandbreiten-Marktwirtschaft an die Hand zu nehmen, übernimmt es eine Pionier- und Vorbildrolle auch für andere. Es zeigt auf, *dass es möglich ist, losgelöst von den Zwängen des Weltmarktes eigene Wege zu gehen und eine Gesellschaftsform auf der Basis einer neu verstandenen und gelebten Freiheit zu verwirklichen.* Diese Freiheit orientiert sich an der noch etwas ungewohnt klingenden Frage, wie wir mit einem *Minimum an Wirtschaftsleistung* und unter grösstmöglicher Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Natur und der kommenden Generationen ein *Maximum an Lebensqualität* für die gesamte Menschheit entstehen lassen können. Mit anderen Worten, sie führt sich nicht mehr länger im Zwang ad absurdum, mit immer noch mehr Wirtschaftsleistung angeblich immer noch mehr Lebensqualität zu schaffen.

Das Land, das hier vorangeht und aus den selbstgeschaffenen Sachzwängen ausbricht, wird andere motivieren ihm nachzufolgen, und letztlich - so die Vision - wird die materielle Versorgung der ganzen Welt durch lokal und regional ausgerichtete Wirtschaftsstrukturen und -aktivitäten gewährleistet sein, so wie das kein Geringerer als John Maynard Keynes bereits in den dreissiger Jahren formuliert hat: "Ich unterstütze all jene, die die wirtschaftlichen Verwicklungen zwischen den Nationen vermindern, statt sie zu maximieren. Ideen, Wissen, Gastfreundschaft, Reisen, all diese Dinge sollten ihrer Natur gemäss international sein. Aber Waren sollten einheimisch sein, wann immer dies vernünftig und einfach möglich ist. Und vor allem muss das Finanzwesen national bleiben" (zit. in DALY 1994, S. 37).

Selbsterstörung oder Quantensprung des individuellen und kollektiven Bewusstseins?

Wie aber kann diese Vision, die den heutigen Entwicklungen diametral entgegensteht, Wirklichkeit werden? Vorerst einmal, und das mag erstaunen, ist es gar nicht so wichtig, dass sie Realität wird. Nur schon die Tatsache, dass sie existiert und bekannt wird - z.B. auch durch eine entsprechende Volksinitiative -, setzt bereits Veränderungen in Gang. Zum einen lernen dadurch mehr und mehr Menschen, die derzeitigen Entwicklungen und Realitäten kritisch zu sehen und zu verstehen. Und zum andern wissen sie jetzt, dass es Alternativen jenseits von Kapitalismus und Kommunismus gibt, die weiterentwickelt werden können und nur darauf warten, verwirklicht zu werden. Allein daraus entsteht bereits eine grosse Kraft, und es wird ein Bewusstseinswandel in Gang gesetzt, welcher die unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung des Modells einer Bandbreiten-Marktwirtschaft bildet. Es kann nämlich sinnvollerweise nur durch eine demokratische Mehrheit der Bevölkerung und keinesfalls durch diktatorischen Zwang in die Tat umgesetzt werden.

Erst wenn genügend Menschen erkannt haben, dass es weder für sie selber noch für die Gesellschaft

noch für die Natur irgend einen Sinn ergibt, unendlich Geld und Güter horten zu wollen, sondern dass wir wieder lernen müssen, uns in unseren Ansprüchen zu bescheiden und mit anderen zu teilen, ist die Zeit reif für eine nachhaltige Wirtschaft mit menschlichem Antlitz. Bis dahin aber wird der Leidensdruck wohl weiter zunehmen müssen, und es muss vielleicht zuerst zu erheblichen Zusammenbrüchen des jetzigen, auf der Unmöglichkeit unendlichen materiellen Wachstums aufbauenden Weltwirtschaftssystems kommen. Wenigstens steht dann aber nach einem derartigen Zusammenbruch eine Alternative zur Verfügung, die Wege zum Wirtschaften im Einklang mit der Natur und mit uns selbst weist.

Es liegt an uns selber zu bestimmen, wie gross der Leidensdruck für Veränderungen werden muss und wieviele Opfer an Menschen und Natur der "Krieg mit 'friedlichen' Mitteln" in Form einer deregulierten und entfesselten Weltwirtschaft noch fordert. Mit nur etwas gutem Willen könnten wir dieser kollektiven Selbstzerstörung ein Ende bereiten und als ein Zeitalter in die Geschichte eingehen, das die Kraft zum Leben wiedergefunden hat, das nicht mehr nur Disteln, sondern auch wieder Sonnenblumen gesät, das eine wieder lebenswerte Zukunft geboren hat, welche die geschundene Natur in eine blühende Schöpfung zurückzuverwandeln vermochte und in der die Menschen auch ihre Liebesfähigkeit zurückgewannen, weil sie erkannten, dass der Mensch die ganze Schöpfung lieben muss - oder nichts in ihr lieben kann - und dass er nur Liebe bekommen kann, wenn er selber Liebe in sich trägt!

Literatur

BINSWANGER, H.-C. (1991):
Geld & Natur. Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie, Edition Weitbrecht, Stuttgart und Wien 1991.

BÜCHELE, H. & L. WOHLGENANT (1985):
Grundeinkommen ohne Arbeit, Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft, Europaverlag, 2. Auflage, Wien, München, Zürich 1985.

CREUTZ, H. (1995):
Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, Ullstein-Taschenbuch, Frankfurt/Main, Berlin 1995.

DALY, H.E. (1994):
The Perils of Free Trade, auszugsweise übersetzt in: Zeitpunkt Nr. 17/18, S. 37.

FROMM, E. (1979):
Haben oder Sein, Die seelischen Grundlagen einer neuen

Gesellschaft, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1979.

GRUPPE VON FLÜH (1996):

Ein Zukunftsrat als Dritte Parlamentskammer, Das Modell von Flüh, 1. Februar 1996, erhältlich beim Forum für verantwortbare Wissenschaft, CH-4112 Flüh.

IMMLER, H. (1985):

Natur in der ökonomischen Theorie, Teil 1: Vorklassik - Klassik - Marx, Teil 2: Naturherrschaft als ökonomische Theorie - Die Physiokraten, Westdeutscher Verlag, Opladen 1985.

INFRAS (Hrsg.) (1995):

Qualitative Aspekte einer zukunftsfähigen Schweiz, Arbeitsbericht, Zürich, 23. Dezember 1995.

KENNEDY, M. (1991):

Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient, Goldmann Verlag, 2. Auflage, München 1991.

POSNER, R. (1990):

Das Dreikammer-System: Ein Weg zur demokratischen Organisation von kollektivem Wissen und Gewissen über Jahrtausende, in: Roland Posner (Hrsg.): Warnungen an die ferne Zukunft - Atomüll als Kommunikationsproblem, Raben-Verlag, München 1990, S. 259-304.

RUH, H. (1995):

Störfall Mensch, Wege aus der ökologischen Krise, Kaiser Taschenbücher, Gütersloh 1995.

SENF, B. (1996):

Der Nebel um das Geld, Zinsproblematik, Währungssysteme, Wirtschaftskrisen, Gauke Verlag, Lütjenburg 1996.

SIEFERLE, R.P. (1984):

Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984.

STUDER, H.-P. (1992):

Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, Kritik der materialistischen Gesellschaft und Wege zu ihrer Überwindung, osiris verlag, 3. Auflage, Niederteufen 1992.

STUDER, H.-P. (1996):

Gesundheit in der Krise. Fakten und Visionen, Verlag AAMI, 2. Auflage, Breganzona 1996.

TSURU, S. & H. WEIDNER (1985):

Ein Modell für uns: Die Erfolge der japanischen Umweltpolitik, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1985.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Hans-Peter Studer
Rickstraße 31
CH-9037 Speicherschwendi

Berichte der ANL 20 (1996)

Herausgeber:

Bayerische Akademie für Naturschutz
und Landschaftspflege (ANL)
Seethaler Str. 6

D-83410 Laufen

Telefon: 08682/8963-0

Telefax: 08682/8963-17 (Verwaltung)
08682/1560 (Fachbereiche)

E-Mail: Naturschutzakademie@t-online.de

Internet: <http://www.anl.de>

Die Bayerische Akademie für Naturschutz
und Landschaftspflege ist eine dem
Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums
für Landesentwicklung und Umweltfragen
angehörige Einrichtung.

Schriftleitung und Redaktion:

Dr. Notker Mallach, ANL

Für die Einzelbeiträge zeichnen die
jeweiligen Autoren verantwortlich.

Die Herstellung von Vervielfältigungen -
auch auszugsweise -
aus den Veröffentlichungen der
Bayerischen Akademie für Naturschutz
und Landschaftspflege sowie die
Benutzung zur Herstellung anderer
Veröffentlichungen bedürfen der
schriftlichen Genehmigung unseres Hauses.

Erscheinungsweise:

Einmal jährlich

Bezugsbedingungen:

Siehe Publikationsliste am Ende des Heftes

Satz: Christina Brüderl, ANL

Druck und Buchbinderei: Fa. Kurt Grauer,
Moosham 41, 83410 Laufen

Druck auf Recyclingpapier (aus 100% Altpapier)

ISSN 0344-6042

ISBN 3-931175-26-X

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Berichte der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege \(ANL\)](#)

Jahr/Year: 1996

Band/Volume: [20](#)

Autor(en)/Author(s): Studer Hans-Peter

Artikel/Article: [Wirtschaften im Einklang mit der Natur und mit uns selbst 49-60](#)